

Dr. Andreas Dressel MdHB, SPD-Fraktionsvorsitzender  
**Beitrag in der Debatte zur Regierungserklärung am 23. März 2011 in der  
 Hamburgischen Bürgerschaft**

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

[Grundsätzliches zum Umgang]

wir haben die erste Regierungserklärung des neuen Ersten Bürgermeisters gehört. Eines Ersten Bürgermeister der mit der absoluten Mehrheit der SPD-Fraktion regieren kann. Diese absolute Mehrheit ist ein Vertrauensvorschuss der Hamburgerinnen und Hamburger. Hohe Erwartungen werden an uns gestellt und durch gutes Regieren können, wollen und werden wir diese erfüllen.

Mit absoluter Mehrheit zu regieren heißt für uns gerade nicht, absolut durchzuregieren. Denn: Absolute Mehrheit ist eben nicht gleichbedeutend mit absoluter Wahrheit, das gilt.

Michael Neumann hat hier als Oppositionsführer gesagt: „Wir werden Richtiges richtig nennen und Falsches falsch. Wir werden parlamentarische Arbeit nach ihrer Zielsetzung und Sinnhaftigkeit bewerten, nicht danach, wer Urheber ist.“

So haben wir uns in der vergangenen Wahlperiode in vielen wichtigen Grundfragen auch verhalten. In diesem Sinne haben wir uns für einen Schulfrieden stark gemacht. In diesem Sinne haben wir die Rettung von Hapag-Lloyd von Beginn an mitgetragen. Unter veränderten Vorzeichen heute sage ich: Ich stehe dafür ein, dass wir auch als Mehrheitsfraktion Gutes gut nennen, auch wenn es von der anderen Seite kommt.

Stellen wir uns doch einmal alle miteinander selbstkritisch die Frage: Müssen alle ritualisierten Spielchen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien wirklich sein? Vor allem in Fragen, in denen alle die gleiche Zielsetzung haben. Viele Bürgerinnen und Bürger wenden sich von so etwas ab. Und ich bin der festen Überzeugung, dass die

sinkende Wahlbeteiligung für uns alle Auftrag ist, hier keine Werbeveranstaltung für Politikverdrossenheit zu machen – sondern im Gegenteil für unsere Demokratie. Das muss unsere gemeinsame Zielsetzung sein!

Und deshalb habe ich allen Fraktionsvorsitzenden in ersten Kontakten auch ein Angebot zur fairen Zusammenarbeit gemacht, zum konstruktiven Ringen in der Sache. Und das wiederhole ich hier auch im Plenum gerne – als ernstgemeinte Einladung zur Mitgestaltung.

Und ganz konkret:

Ich möchte, dass wir die in der letzten Wahlperiode begonnene, interfraktionelle Reformdiskussion über Bürgerbegehren auf Bezirksebene gemeinsam wieder aufnehmen. Die Diskussion war nicht einfach und wird nicht einfach – aber wir sollten sie führen, um einen vernünftigen Interessenausgleich hinzubekommen.

Und: Auch beim Wahlrecht können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Gesunkene Wahlbeteiligung, ungültige Stimmen, kritische Rückmeldungen quer durch die Stadt. Das kann keinen guten Demokraten kalt lassen. Wir sollten uns auf Basis fundierter Zahlen und Fakten gemeinsam an eine ergebnisoffene Analyse machen.

MDuH, gerade in diesen demokratischen Grundfragen möchte ich einen breiten Konsens in diesem Haus und natürlich möglichst auch darüber hinaus. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein – im Interesse der Demokratie dieser Stadt!

[Gutes Regieren/ Konsolidierung]

Gutes Regieren heißt nicht durchregieren. Gutes Regierung kann sich nicht nur auf eine solide Mehrheit in der Bürgerschaft stützen, sondern muss immer auch die Zustimmung einer Mehrheit in der Stadt im Auge haben. Schulreform und Stadtbahn haben das deutlich noch einmal gemacht.

Eine absolute Mehrheit muss sich immer wieder der Diskussion stellen und für ihre Position hier in der Bürgerschaft - aber auch in der ganzen Stadt - werben. Und das wird sie tun, mDuH.

Wir werden den Dialog mit den Hamburgerinnen und Hamburger nicht abbrechen lassen – sondern in gleicher Intensität fortführen. Und wenn es darum geht, wichtige und vielleicht auch nicht unstrittige Projekte zum Beispiel im Wohnungsbau umzusetzen, muss dieser Dialog eben ganz früh ansetzen – konstruktive, rechtzeitige und echte Beteiligungsprozesse vor Ort bei Wahrung gesamtstädtischer Zielsetzungen - das ist das, was wir organisieren müssen. Hamburg hat die Chance, richtige Lehren aus Stuttgart 21 zu ziehen. Das sollten wir nutzen!

Gutes Regieren geht nicht ohne Dialog nach außen, aber eben auch nicht ohne gute Strukturen nach innen. Erfolgsfaktor sind vernünftig steuerbare Behördenstrukturen. Um es klar in Ihre Richtung Herr Wersich zu sagen: Die Frage von Verwaltungseffizienz entscheidet sich eben nicht an einer Senatorin oder einer Staatsrätin mehr oder weniger. Im Gegenteil. Die Behördenzusammenlegungen der Vergangenheit wurden mit Zugeständnissen an übergroßen Stäben und Intendantzbereichen erkaufte – und sie gingen auf Kosten der Steuerbarkeit der Behörden, Beispiele gibt es genug. Das Ergebnis: Aufgeblähte Apparate, mehrere Pressesprecher für eine Behörde, persönliche Referenten für Staatsräte und, und, und. MDuH, genau hier liegt der Schlüssel für Einsparungen.

Und damit sind wir beim zentralen Thema:

Gutes Regieren geht nur mit einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik. Seit dem Abgang von Herrn Peiner als Finanzsenator hat es diese in Hamburg nicht mehr gegeben. Nicht nur die Finanzkrise, sondern ein hausgemachter haushaltspolitischer Schlendrian hat den Hamburger Haushalt derart aus den Fugen gebracht.

Dass 2009 und 2010 statt der geplanten 3,3 Milliarden Euro nur 1,8 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen wurden, ist ein Silberstreif am Horizont. Es ist aber nicht das Ergebnis von solider Finanzpolitik, sondern von guter Konjunktur, niedrigsten Zinsen und Lohnzurückhaltung in der Krise. Alle Faktoren, auf die schwarz-grüne Senatspolitik keinerlei Einfluss hatte. Man kann noch hinzufügen: Gott sei Dank keinerlei Einfluss hatte.

Ich danke ausdrücklich dem Rechnungshof, dass er zum Regierungswechsel selbst eine Art Kassensturz gemacht hat. Und dass er noch einmal schonungslos offengelegt hat, dass Haushalte nicht in konjunkturell schlechten, sondern in guten Zeiten ruiniert werden. Und genau das ist passiert in der letzten Wahlperiode. Das ist Ihre Hinterlassenschaft, eine Hinterlassenschaft, die wir jetzt aufräumen müssen.

Zu dieser Hinterlassenschaft gehört auch, dass bei Ihnen fast alle Bauprojekte kostenmäßig komplett aus dem Ruder gelaufen sind. Auch das hat viel Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger zerstört. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass der Bürgermeister ein zentrales Baukostencontrolling vorgeschlagen hat. Und die Bürgerschaft sollte bei diesen Aufräumarbeiten tatkräftig mitarbeiten – und natürlich kommt einem da als erstes die Elbphilharmonie in den Sinn. Deshalb sage ich hier: Wir wollen Wort halten und den Untersuchungsausschuss zur Elbphilharmonie mit Ihnen gemeinsam zügig wieder einsetzen, damit wir aus diesem Planungs- und Kostendesaster die richtigen Schlüsse für die Zukunft ziehen können. So etwas darf sich mit dem Geld der Steuerzahler niemals wiederholen, mDuH.

[Haushalt/ Ein-Prozent-Grenze]

Dass wir die Finanzierung unseres Regierungsprogramms und die Konsolidierung des Haushalts zu einem zentralen Thema des Wahlkampfs gemacht haben, war richtig. Der Rechnungshof wie der Bund der Steuerzahler teilen die Ansicht, dass nur strikte Ausgabendisziplin über die Wahlperiode hinaus den Haushalt gesunden kann. Unser Ziel, die Ausgaben langfristig auf einen Anstieg von einem Prozent pro Jahr zu begrenzen, ist eine immense Herausforderung, keine Frage. Und eine solche Ein-

Prozentgrenze bedeutet bei steigenden Löhnen und Gehältern, bei steigenden Versorgungsausgaben und steigenden gesetzlichen Ausgaben auch Einschnitte, das wird unvermeidlich sein.

Aber auch erfolgreiche Haushaltskonsolidierung bedarf Akzeptanz in der Bevölkerung und - machen wir uns nichts vor - in den Medien. Der Zuspruch, den die SPD und Olaf Scholz für ihre finanzpolitische Linie erhalten haben, macht aber deutlich, welche hohe Priorität die Hamburgerinnen und Hamburger einer soliden Finanzpolitik beimessen – auch das ist ein Novum in diesem Wahlkampf gewesen. . Wenn es jetzt konkret wird - und das wird es schon bald mit der Vorlage eines Haushaltsplan-Entwurfes - sollte man sich dies immer wieder vor Augen halten.

Nur gesunde Finanzen sichern auf Dauer die Leistungen des Staates und die Verbesserung dieser Leistungen: Infrastruktur, Bildung, Sicherheit, soziale Hilfen. Man kann nicht einerseits solide Finanzen wollen, aber das Sparen, wenn es konkret wird, immer ablehnen. Es geht vielmehr um eine Konsolidierungspolitik mit langem Atem und mit Augenmaß, eine Konsolidierungspolitik, die die Grundfunktionen dieser Stadt im Auge hat. Es geht darum, im Aufschwung - anders als 2007 - den Geldhahn nicht wieder aufzudrehen, sondern das strukturelle Defizit auch bei steigenden Steuereinnahmen zu erkennen und konsequent abzubauen. Nur so wird es uns in Hamburg gelingen, die verbindliche Schuldenbremse des Grundgesetzes ab 2020 einzuhalten. Und genau das haben wir uns vorgenommen, mDuH.

Der Umkehrschluss ist, um es klar zu sagen, dass das Verschuldungsverbot der Landeshaushaltsordnung für 2013 nicht zu erreichen sein wird, auch wenn im CDU-Wahlprogramm stand, man wolle daran festhalten. Aber Hand auf Herz, liebe CDU: In Wahrheit haben Sie daran ja auch selbst nicht geglaubt. Und in Wahrheit wurde in der CDU-geführten Finanzbehörde ja schon ein Hinausschieben dieses Verschuldungsverbots vorbereitet. Seien Sie ehrlich und bekennen sich heute dazu!

Ganz konkret: Der von Ihnen selbst vorgelegte Haushaltsplan-Entwurf sah für jenes Jahr 2013 679 Mio. Euro neue Schulden vor. Sie haben 2007 dieses Ziel in die LHO geschrieben und seit dem nichts - und zwar rein gar nichts - dafür getan, das Ziel zu

erreichen. Fast fünf Jahre wurden vertan. Diese unverantwortliche Finanzpolitik ist nun abgewählt, mDuH.

[Vorlage Haushaltsplan-Entwurf]

Herr Heintze, Sie teilen per Pressemitteilung mit, die Stadt müsse so schnell wie möglich einen gültigen Haushalt bekommen. Ja, stimmt. Und sie teilten mit: „Die SPD-Fraktion weiß, dass der schwarz-grüne Entwurf solide geplant ist.“ Nein, stimmt nicht, im Gegenteil. Die ganze Stadt weiß, dass das ein unsolider Entwurf war. Eine angebliche Konsolidierung von 500 Mio. Euro, die im Wesentlichen aus globalen Minderausgaben, also Platzhaltern für Einsparabsichten, bestand. Viele angeblich konkrete Sparmaßnahmen, ich erinnere nur an die Blaulichtsteuer und ähnliche Schnapsideen, waren Luftbuchungen, nichts als Luftbuchungen, mDuH. Und das soll ein solider Entwurf sein? Nein, Schwarz-grün war auch hier das Gegenteil von solide.

Und weiter Herr Heintze, Sie sehen wir haben das aufmerksam gelesen: „Auf mehr als zwei Wochen ohne Senatoren darf nicht ein halbes Jahr ohne gültigen Haushalt folgen. Es ist schädlich für den Standort Hamburg, wenn es bis Ende des Jahres keine Klarheit über Etats wie den der Wissenschafts- oder der Wirtschaftsbehörde gibt“, erklären Sie für die CDU-Fraktion.

Nur mal zur Erinnerung: Die schwarzgrüne Koalition hat 2008 erst nach sieben Monaten ihren Haushaltsplan-Entwurf vorgelegt. Und selbst der letzte Haushaltsplan-Entwurf kam statt im September erst im November, ein einmaliger Vorgang. Der letzte Senat hat die verspätete Vorlage von Haushaltsplan-Entwürfen zu seiner Regel gemacht. Reden Sie doch mal über den Schaden für den Standort Hamburg, den ihre Politik angerichtet hat!

Nein, dieser schwarz-grüne Haushaltsplan-Entwurf ist keine solide Basis für Gutes Regieren, sondern einer der Gründe ist, warum die Hamburgerinnen und Hamburger Ihnen das Vertrauen entzogen haben.

[Wachsende Stadt]

MDuH, ein Regierungswechsel bedeutet nicht, dass nun alles anders wird. Sondern einiges - aber Entscheidendes. Dazu hat der Erste Bürgermeister etwas gesagt.

Das bedeutet zu gleich, dass auch nicht alles schlecht war, was CDU-Senate in 9 Jahren zustande bekommen haben.

Das Leitbild der „Wachsenden Stadt“ hat der Entwicklung Hamburgs einen griffigen Namen gegeben. Es war im Grunde richtig. Es hatte aber mindestens einen zentralen Mangel. Es setzte zu sehr auf Leuchtturmprojekte - wie den Jungfernstieg, die Elbphilharmonie, HCU- Neubau, BSU-Neubau oder zuletzt den Umzug der Universität - und zu wenig auf Bildung und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt.

Aber eine Stadt, die Bildung und Kita für die Menschen verteuert, kann keine wachsende Stadt sein und sie ist nicht gut regiert.

Eine Stadt, die ihre letzten finanziellen Spielräume verspielt, kann keine wachsende Stadt sein.

Eine Stadt, die bei der Finanzierung des Hafens, Herzstück unserer Stadt, auf das Prinzip Hoffnung setzt, kann keine wachsende Stadt sein.

Eine Stadt, die ihre Infrastruktur und ihr Vermögen - Straßen, Radwege, Grünanlagen, Schulen und Hochschulen - nicht ordentlich instand hält, man muss es sagen, verkommen lässt, kann keine wachsende Stadt sein und ist nicht gut regiert.

Gutes Regieren bedeutet auch, einerseits das große Ganze im Blick zu behalten, ein Leitbild zu formulieren, und andererseits auch ganze konkrete Schritte zu benennen. Und genau das hat der Bürgermeister heute getan. Er hat eine echte Vision für unsere Stadt entworfen, wohin wir wollen – und wie wir dahin kommen. Und er hat es ausgerichtet an klaren Werten und Maßstäben. Wir wollen das moderne Hamburg schaffen – das ist unser Ziel.

Gutes Regieren bedeutet aber auch, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Sich nicht im Klein-Klein verlieren. Und deshalb will ich nur wenige zentrale Punkte hier noch einmal ausdrücklich unterstreichen:

1. Der Erste Bürgermeister hat die richtigen Worte zum Thema Atomenergie gefunden – übrigens auch gegenüber unseren Japanischen Freunden in den letzten Tagen, hierfür ausdrücklich unser Dank, ich denke im Namen des gesamten Hauses.

Beim Thema Atomenergie wird es, anders als zuvor, von Hamburg aus kein Wackeln geben. Hamburg wird alles rechtlich und politisch Mögliche tun, damit Deutschland konsequent wieder auf den Ausstieg aus der Risikotechnologie setzt. Und wir sehen hierzu eine breite Zustimmung in der Bürgerschaft – jetzt auch bei der CDU, die ja angeblich in Hamburg dem immer schon ganz kritisch gegenüberstand. Ich würde eher sagen: Späte Einsicht ist besser als gar keine, mDuH.

2. Der Bürgermeister hat mit seiner Entscheidung für eine Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, die sich auch um den wichtigen Bereich Pflege kümmern wird, genau richtig entschieden. Er hat damit einem Thema, das für den Alltag der Menschen, für das soziale Hamburg einen zentralen Stellenwert hat, die Bedeutung gegeben, die es verdient. Bei Ihnen, Herr Wersich, rangierte das unter „ferner liefern“, bei uns gehört es ins Zentrum der Senatspolitik.

Und Herr Wersich, ich zeige mal auf, wie man mit dem wichtigen Bereich Gesundheit in den Jahren CDU-geführter Senate umgegangen ist: 2001 ging der Bereich aus der Sozialbehörde in die Umweltbehörde, dann von der Umweltbehörde in die Wissenschaftsbehörde um wieder in der Sozialbehörde zu landen, das war Ihr politischer Wandpokal. Doch dafür ist es zu wichtig: Insofern ist es genau richtig, diesen wichtigen Politikbereich nicht weiter von Behörde zu Behörde zu verschieben sondern zu einer mit dem Verbraucherschutz eigenständigen Behörde zu machen.

Gerade Gesundheit und Verbraucherschutz, das zeigen die vielen Skandale der Vergangenheit (Qualitätssicherung im Gesundheitsbereich, Gammelfleisch oder Dioxin-Eier), das zeigt aber auch der große Handlungsbedarf beim Thema Pflege, dürfen eben keine Randthemen in übergroßen Behörden sein.

Und last but not least: Hamburg soll sich fachkundig und klar positionieren können, wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung mal wieder falsche Weichenstellungen in der Gesundheitspolitik vornimmt – und, mDuH, man muss es sagen, wie es ist: Das ist leider die Regel und nicht die Ausnahme.

3. Der Erste Bürgermeister hat auch zum Thema Integration benannt, was zu tun ist. Auch dieser Bereich wird politisch deutlich aufgewertet – das war überfällig. Es ist die zentrale Querschnittsaufgabe für die Zukunft unseres Gemeinwesens. Und deshalb freuen wir uns, dass Detlef Scheele eben auch der erste Hamburger Senator für Integration sein wird. Dass dieses Thema nun im Titel der Behörde auftaucht, das ist keine Kleinigkeit, das ist Programm, mDuH.
4. Der Erste Bürgermeister hat deutlich gemacht, dass wir Wort halten beim Thema kinder- und familienfreundliche Stadt. Zum 1. August wird als erster Schritt die von Ihnen Herr Wersich initiierte – das werden die Eltern Ihnen nicht vergessen - Kita- Gebührenerhöhung zurückgenommen. Das ist eine gute Nachricht für Hamburg Familien!
5. Der Erste Bürgermeister hat für den dringend notwendigen Wohnungsbau einen Wohnungsbaupakt vorgeschlagen. Das, mDuH, ist genau der richtige Weg. Diese Herausforderung, an der Sie allesamt gescheitert sind, die muss man partnerschaftlich insbesondere mit der Wohnungswirtschaft meistern. Und dabei geht es doch gar nicht um Wohnungsbau mit der Brechstange, lieber Herr Duge von der GAL, sondern darum, dass wir einen breiten Konsens in der Stadt erreichen müssen, dass für eine gedeihliche, soziale Stadtentwicklung das Ziel von 6000 neuen Wohnungen, ein Drittel davon öffentlich gefördert, absolut, ich betone absolut unverzichtbar ist.

Und eigentlich ist diese Zielzahl hier auch Konsens im Haus: Das war Ziel schwarz-grüner Wohnungspolitik, nachzulesen in diversen Drucksachen. Die Linke wollte sogar noch mehr Wohneinheiten. Und auch die FDP ist für mehr Wohnungsbaus. Also, mDuH: Das ist doch gerade ein Punkt, bei dem wir für einen Konsens in der Stadt, für die Einsicht, dass das nötig ist, alle gemeinsam an einem Strang ziehen können. Dazu laden wir Sie herzlich ein!

[Schluss]

MdUH, in den Medien war zu lesen, der neue Senat werde ein solider Arbeitssenat. Jürgen Heuer hat es am Montag im Elysee launig in Anlehnung an Olaf Scholz' Auto beschrieben: "Heiße Rennen werden wir mit ihm nicht fahren, aber dafür bleibt er auch nicht liegen." MDuH, genau das ist es aber, was die Hamburgerinnen und Hamburger gewollt haben: Sie wollten keinen schillernden Glamour-Senat mehr, der sein Handwerk eben nicht beherrscht, keine heißen Rennen mehr mit zig Karambolagen und Ausfällen, sie wollten einen soliden Arbeitssenat, der ordentlich regiert. Und sie wollten keine rein parteipolitischen fragwürdigen Kompromisse mehr, die an den Anliegen der Hamburgerinnen und Hamburger vorbeigehen. Diese Art, Politik zu machen, ist abgewählt.

Insgesamt ist mit der Wahl von Olaf Scholz zum Ersten Bürgermeister, mit seiner heutigen Regierungserklärung, mit der Besetzung des Senats und seiner Staatsräte eine gute Grundlage für Gutes Regieren gelegt. Ein Neuanfang, zu dem CDU und GAL im letzten Sommer die Kraft fehlte. Ein Neuanfang, auf dem viele Hoffnungen ruhen. Wir werden zusammen mit dem Senat daran arbeiten, das umzusetzen, was wir versprochen haben. Wir freuen uns auf diese Arbeit für diese schöne Stadt und ihre Menschen. Vielen Dank.

Agnes Josam, Pressesprecherin  
 Tel: 040/42831-1386  
 Mobil: 0160/ 90 65 14 35  
[pressestelle@spd-fraktion.hamburg.de](mailto:pressestelle@spd-fraktion.hamburg.de)